

**Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 13. Januar 2005****Konsumtive Einsparungen im Konzern Bremen**

Als Beitrag zur Sanierung der öffentlichen Haushalte im Land Bremen mussten alle Ressorts ihre konsumtiven Ausgaben 2004 um 5,6 % reduzieren. Diese Vorgabe sollte auch die Gesellschaft des „Konzern Bremen“ betreffen, die im Wesentlichen vormals öffentliche Aufgaben erledigt und hierfür öffentliche Mittel verwenden.

Wir fragen den Senat:

1. Welche Eigenbetriebe und Gesellschaften im Land Bremen, die sich mehrheitlich im öffentlichen Eigentum befinden, haben ihre konsumtiven Ausgaben im Jahr 2004 um 5,6 % verringert?
  - a) Auf welche Weise wurde diese Sparvorgabe jeweils realisiert?
  - b) Welche Auswirkungen hatten bzw. haben diese Einsparungen insbesondere auf Personalausstattung und Personalausgaben?
  - c) Welche Auswirkungen hat die Kürzung der konsumtiven Ausgaben für die jeweiligen Beschäftigten und Geschäftsführungen dieser Gesellschaften und Eigenbetriebe?
2. In welchen Eigenbetrieben und Gesellschaften im Land Bremen, die sich mehrheitlich im öffentlichen Eigentum befinden, wurden die konsumtiven Ausgaben 2004 um weniger als 5,6 % oder gar nicht gekürzt?
  - a) In welchem Maße wurde die Kürzungsvorgabe jeweils verfehlt?
  - b) Welche konkreten Gründe gibt es hierfür jeweils?
  - c) Welche Konsequenzen resultieren hieraus für die betroffenen Eigenbetriebe und Gesellschaften bzw. deren Geschäftsführungen?
  - d) Wie wird der Senat bzw. wie werden die Eigenbetriebe und Gesellschaften sicherstellen, dass die erwarteten Kürzungen kurzfristig realisiert werden?
3. Gibt es zum „Konzern Bremen“ gehörende Eigenbetriebe und Gesellschaften, die ihre konsumtiven Ausgaben 2004 erhöht haben und welche sind dies gegebenenfalls?
  - a) In welchem Umfang sind diese Ausgaben jeweils gestiegen?
  - b) Welche Gründe waren hierfür ausschlaggebend?
  - c) Welche Konsequenzen resultieren hieraus für die betroffenen Eigenbetriebe und Gesellschaften bzw. deren Geschäftsführungen?
  - d) Wie soll erreicht werden, dass die Kürzungsvorgaben trotz der gegebenenfalls erfolgten Steigerung der konsumtiven Ausgaben in den betroffenen Eigenbetrieben und Gesellschaften zeitnah umgesetzt werden?

Cornelia Wiedemeyer, Jens Böhrnsen und Fraktion der SPD

D a z u

## Antwort des Senats vom 26. Februar 2005

### Vorbemerkungen

- I. Der Senat hat bei seinen Eckwertbeschlüssen für die Haushalte 2004/2005 am 28. Oktober 2003 die „sonstigen konsumtiven Ausgaben“ für jedes Ressort um 5,6 % abgesenkt. Es ist den Ressorts überlassen worden, zu entscheiden, ob alle Haushaltspositionen gleichermaßen in Höhe dieser Rate abgesenkt werden oder ob die aus der prozentualen Absenkung resultierenden Kürzungsbeträge schwerpunktmäßig realisiert werden. Hierzu hat es jeweils eine Abstimmung mit den Fachdeputationen gegeben.
  - II. Die Antworten des Senates zu den Fragen in der Kleinen Anfrage beziehen sich auf Zahlungen aus den bremischen Haushalten in Form von (Geschäftsbesorgungs-) Entgelten, Zuschüssen, Zuwendungen o. ä., die in den Haushalten zu konsumtiven Ausgaben für Bremen führen. Nicht enthalten sind somit Einrichtungen, die sich über Gebühren und Entgelte von Einrichtungen außerhalb des Haushalts finanzieren.
  - III. Ferner ist darauf hinzuweisen, dass die Jahresabschlüsse 2004 der betroffenen Gesellschaften und Eigenbetriebe noch nicht vorliegen und somit keine endgültigen Beträge angegeben werden können.
  - IV. Die Antworten erstrecken sich vornehmlich auf solche Gesellschaften und Eigenbetriebe, die im Wesentlichen vormals öffentliche Aufgaben erledigen, in erster Linie die aus der Kernverwaltung ausgegliederten Einheiten, z. B. die Gesellschaft für Bremer Immobilien mbH. Eine Auflistung der dargestellten Gesellschaften und Eigenbetriebe findet sich in Anlage 4.
  - V. Der Senat hat in seiner Entscheidung vom 28. Oktober 2003 u. a. auch festgelegt, dass die erwarteten Einschränkungen im Zusammenhang mit der Umsetzung eines Solidarpaktes im Personalbereich für den Kernhaushalt (personalwirtschaftliche Maßnahmen) auch auf alle ausgegliederten Einheiten übertragen werden, soweit dies rechtlich und wirtschaftlich gestaltbar ist.
  - VI. Der Senat hat am 22. Dezember 2004 für das Haushaltsjahr 2005 Bewirtschaftungsmaßnahmen u. a. mit dem Inhalt festgelegt, dass bei den Haushaltsanschlüssen für institutionelle Zuwendungen in jedem Einzelfall zur Sicherstellung einer möglichen Inanspruchnahme der Planungsreserve nach § 7 des Haushaltsgesetzes über 5 % dieses Anschlages nicht verfügt werden soll. Entsprechend sollen die Zuwendungsbescheide gefasst werden.  
  
Des weiteren sind die Geschäftsbesorgungsentgelte an beauftragte Eigen-gesellschaften gegenüber der geplanten Summe um 5% zu kürzen. Erforderlichenfalls sollen die Geschäftsbesorgungsverträge angepasst werden.
  - VII. Der Senat hat in seinen Beschlüssen vom 19. April 2005 weitere Sparmaßnahmen in Bezug auf Eigenbetriebe und Gesellschaften beschlossen, die noch einer konkreten Umsetzung für die in Vorbereitung befindlichen Doppelhaushalte 2006/2007 bedürfen.
  - VIII. Unbeschadet der genannten Vorbehalte sind zu den Nummern 1. und 2. der Kleinen Anfrage jeweils die betreffenden Gesellschaften und Eigenbetriebe tabellarisch gelistet mit einer Angabe dazu, wie ein Ausgleich für die im Haushalt vorgenommenen Kürzungen erreicht werden konnte bzw. ob die Kürzungen zu einer Überschussminderung oder einer Verlusterhöhung geführt haben.
1. Welche Eigenbetriebe und Gesellschaften im Land Bremen, die sich mehrheitlich im öffentlichen Eigentum befinden, haben ihre konsumtiven Ausgaben im Jahr 2004 um 5,6 % verringert?
    - a) Auf welche Weise wurde diese Sparvorgabe jeweils realisiert?
    - b) Welche Auswirkungen hatten bzw. haben diese Einsparungen insbesondere auf Personalausstattung und Personalausgaben?
    - c) Welche Auswirkungen hat die Kürzung der konsumtiven Ausgaben für die jeweiligen Beschäftigten und Geschäftsführungen dieser Gesellschaften und Eigenbetriebe?

Folgende Gesellschaften und Eigenbetriebe erhielten aus dem Haushalt um mindestens 5,6% reduzierte Zahlungen:

Gesellschaft/ Eigenbetrieb	Erhöhung der Erträge von Dritten	Absenkung des Auf- wandes	Verlusterhöhung bzw. Gewinn- minderung
bremenports GmbH & Co. KG	X	X	
Bremer Arbeit GmbH	X	X	
Bremerhavener Arbeit GmbH	X	X	
Eigenbetrieb Bremer Volkshochschule			X
Eigenbetrieb GeoInformation	X	X	
Eigenbetrieb Stadtgrün	X	X	X
HVG Hanseatische Veran- staltungs-GmbH		X	X
LernMIT GmbH		X	
WfG Bremer Wirtschaftsförde- rung GmbH	X	X	

In obiger Tabelle ist in vereinfachter Form dargestellt/bewertet, ob die Einrichtung die Mittelkürzungen durch vermehrte Erträge und/oder verminderten Aufwand kompensieren konnte, bzw. ob die Kürzungen zu einer Gewinnminderung bzw. Verlusterhöhung geführt haben.

Weitere Erläuterungen sind den Einzelblättern der Gesellschaften und Eigenbetriebe in Anlage 1 zu entnehmen.

2. In welchen Eigenbetrieben und Gesellschaften im Land Bremen, die sich mehrheitlich im öffentlichen Eigentum befinden, wurden die konsumtiven Ausgaben 2004 um weniger als 5,6 % oder gar nicht gekürzt?

Folgende Gesellschaften und Eigenbetriebe erhielten aus dem Haushalt um weniger als 5,6% reduzierte Zahlungen:

Gesellschaft/ Eigenbetrieb	Erhöhung der Erträge von Dritten	Absenkung des Auf- wandes	Verlusterhöhung bzw. Gewinn- minderung
BIA Bremer Innovations- Agentur		X	X
Bremer Bäder GmbH	X		
Bremer Investitions- gesellschaft mbH		X	
Bremer Straßenbahn AG (BSAG)		X	
Bremer Touristik Zentrale Gesellschaft für Marketing und Service mbH (BTZ)		X	
BRG Bremer Rennbahn GmbH		X	X
Eigenbetrieb Gebäude- und TechnikManagement (GTM)		X	
Eigenbetrieb Justiz-Dienst- leistungen (Judit)	X	X	
Eigenbetrieb Musikschule Bremen	X		
Eigenbetrieb Performa Nord	X	X	X
Eigenbetrieb Stadtbibliothek Bremen	X		X
Facility Management Bremen GmbH		X	
Glocke Veranstaltungs-GmbH		X	
Kultur Management Bremen GmbH		X	

In obiger Tabelle ist in vereinfachter Form dargestellt/bewertet, ob die Einrichtung die Mittelkürzungen durch vermehrte Erträge und/oder verminderten Aufwand kompensieren konnte, bzw. ob die Kürzungen zu einer Gewinnminderung bzw. Verlusterhöhung geführt haben.

- a) In welchem Maße wurde die Kürzungsvorgabe jeweils verfehlt?

Wie unter Vorbemerkung I. dargestellt, bezog sich die Kürzungsvorgabe auf die „sonstigen konsumtiven Ausgaben“ der Ressorts im Ganzen; eine Vorgabe im Hinblick auf Zahlungen an jeden einzelnen Eigenbetrieb oder jede einzelne Gesellschaft bestand nicht. Daher liegt auch dann keine Verfehlung vor, wenn im Einzelfall weniger als 5,6 % bei einem Eigenbetrieb oder einer Beteiligung gekürzt wurden. Es kommt darauf an, dass die Einsparquote in Bezug auf sämtliche sonstige konsumtive Ausgaben insgesamt zu erbringen war.

Die vom Senat beschlossene Kürzung der konsumtiven Eckwerte der Jahre 2004 und 2005 um 5,6 % ist von sämtlichen Ressorts in der Summe aller Anschläge eingehalten worden. Mit Blick auf Ziffer 2 f) der Beschlüsse des Senats vom 28. Oktober 2003, wonach die personalwirtschaftlichen Maßnahmen „soweit dies rechtlich und wirtschaftlich gestaltbar ist ... auch in allen Teilbereichen des Konzerns vorzunehmen“ sind, sind die Vorgaben von den Ressorts nicht für alle Gesellschaften umgesetzt worden.

Für die Haushalte 2006 ff. ist die grundsätzliche Einbeziehung auch der Eigen- und Beteiligungsgesellschaften noch einmal bekräftigt worden (s. unter d.)

- b) Welche konkreten Gründe gibt es hierfür jeweils?

Eine Kürzung sämtlicher Haushaltspositionen einschließlich der institutionellen Förderungen der Gesellschaften und der Geschäftsbesorgungsverträge mit einem einheitlichen Prozentsatz ist wegen der unterschiedlichen rechtlichen Gegebenheiten und inhaltlichen Anforderungen sachlich nicht vertretbar und daher auch nicht erfolgt.

- c) Welche Konsequenzen resultieren hieraus für die betroffenen Eigenbetriebe und Gesellschaften bzw. deren Geschäftsführungen?

Da keine für Eigenbetriebe/Gesellschaften, bzw. Geschäftsführung verbindliche Kürzungsvorgabe bestand, ergeben sich diesbezüglich keine Konsequenzen.

- d) Wie wird der Senat bzw. wie werden die Eigenbetriebe und Gesellschaften sicherstellen, dass die erwarteten Kürzungen kurzfristig realisiert werden?

Der Senat hat in seiner Sitzung am 19. April 2005 den Grundsatzbeschluss, die personalwirtschaftlichen Rahmenseetzungen insbesondere auf die Eigen- und Beteiligungsgesellschaften sowie die Zuwendungsempfänger zu übertragen, um die Realisierung der konsumtiven Sparvorgaben in den einzelnen Ressorts zu unterstützen, bekräftigt und die Ressorts gebeten, unter Federführung des Senators für Finanzen und der Senatskanzlei, bis zum 30. Juni 2005 die notwendigerweise differenzierten Umsetzungsmaßnahmen zu erarbeiten und dem Senat zur abschließenden Beschlussfassung vorzulegen.

Ferner wird der Senat ein entsprechendes System der Personalberichterstattung aufbauen, welches auf definierten Datensätzen beruht, um die Umsetzung der Maßnahmen zu unterstützen.

Weitere Erläuterungen sind den Einzelblättern der Gesellschaften und Eigenbetriebe in Anlage 2 zu entnehmen.

3. Gibt es zum „Konzern Bremen“ gehörende Eigenbetriebe und Gesellschaften, die ihre konsumtiven Ausgaben 2004 erhöht haben und welche sind dies gegebenenfalls?

- a) In welchem Umfang sind diese Ausgaben jeweils gestiegen?  
Aus der beigefügten Anlage 3 geht hervor, für welche Eigenbetriebe und Gesellschaften sich die Zuführungen aus den öffentlichen Haushalten (konsumtiv) im Jahr 2004 erhöht haben.
- b) Welche Gründe waren hierfür ausschlaggebend?  
Hierzu erfolgen im Einzelfall Erläuterungen in Anlage 3.
- c) Welche Konsequenzen resultieren hieraus für die betroffenen Eigenbetriebe und Gesellschaften bzw. deren Geschäftsführungen?  
Da dem Eigenbetrieb/der Gesellschaft die entsprechenden Mittel haushaltsseitig zuerkannt waren, ergeben sich keine diesbezüglichen Konsequenzen.
- d) Wie soll erreicht werden, dass die Kürzungsvorgaben trotz der gegebenenfalls erfolgten Steigerung der konsumtiven Ausgaben in den betroffenen Eigenbetrieben und Gesellschaften zeitnah umgesetzt werden?  
Hierzu ist auf die vom Senat beschlossenen personalwirtschaftliche Maßnahmen und Bewirtschaftungsmaßnahmen zu verweisen, mit denen weitergehende enge Vorgaben auch für den Bereich der Eigenbetriebe und Gesellschaften erfolgen (vgl. Vorbemerkungen VI. und VII).

Zuflüsse aus den öffentlichen Haushalten einschließlich Sondervermögen um mindestens 5,6 % gesunken  
(nur konsumtive Ausgaben)

### Bremer Arbeit GmbH

Zuflüsse 2003 in Tsd.€		Zuflüsse 2004 in Tsd.€			Differenz	Differenz in %	ggf. Zahlungsgrund/Beschluss			
Zuwendungen / Zuschüsse	Geschäftsbesorgungs-entgelte	sonstiges	Summe	Zuwendungen / Zuschüsse				Geschäftsbesorgungs-entgelte	sonstiges	Summe
	3.706		3.706		3.460		3.460	-246	-7%	

#### Erläuterungen

a)

Die Einsparungen wurden im wesentlichen durch drei Komponenten erbracht:

- Reduzierung von investiven Ausgaben: Der notwendige Umzug wurde in 2003 abgeschlossen, in 2004 ist entsprechend weniger Aufwand angefallen,
- Einsparungen bei den Personalkosten durch Nutzung von kostengünstigen Personalüberlassungen,
- Einsparungen bei den Personalkosten durch Erhöhung der Produktivität. Konkret wurde die Umsetzung zusätzlicher Aufträge mit vorhandenem Personal erledigt.

b)

Die Auswirkungen auf die Personalausstattungen wurden bereits unter Punkt a) dargestellt. Aus den unter a) genannten Punkten resultiert eine Erhöhung der Arbeitsbelastung des Personals.

c)

Für die Beschäftigten ging die Erhöhung der Produktivität einher mit gestiegenem Zeit- und Termindruck sowie z. T. erweiterten bzw. veränderten fachlichen Anforderungen.  
Die Auswirkungen wurden mit Hilfe von Maßnahmen der Personalentwicklung (Fortbildung, Gesundheitsmanagement, etc.) abgefedert.

Das vertraglich vereinbarte Gehalt der Geschäftsführerin wurde seit der Gründung der Gesellschaft in 2001 nicht erhöht. Für die Beamten wurden die Senatsbeschlüsse umgesetzt. Die Angestellten unterliegen dem VKA, so dass dessen Tarifvereinbarungen umgesetzt wurden.

Zuflüsse aus den öffentlichen Haushalten einschließlich Sondervermögen um mindestens 5,6 % gesunken  
(nur konsumtive Ausgaben)

### Eigenbetrieb Bremer Volkshochschule

Zuwendungen / Zuschüsse	Zuflüsse 2003 in Tsd.€		Summe	Zuflüsse 2004 in Tsd.€			Differenz	Differenz in %	ggf. Zahlungsgrund/Beschluss
	Geschäfts- besorgungs- entgelte	sonstiges		Zuwendungen / Zuschüsse	Geschäfts- besorgungs- entgelte	sonstiges			
2.764			2.764	2.492		2.492	-272	-9,8%	

Erläuterungen

Vorbemerkung:

Die Zuschüsse aus dem Haushalt beinhalten nicht die Erstattungen für das 2004 über Abordnung zugewiesene Personal (Lehrer).

- a. Bei der Aufstellung des Wirtschaftsplans wurden die Ansätze im Sachkosten- und im Personalbereich gekürzt. Einige Anschläge mussten jedoch entsprechend der erwarteten Kostenentwicklung erhöht werden. Insgesamt wurde von einem verringerten Aufwand ausgegangen.
- b. Der Personalbestand konnte um ca. 3% reduziert werden.
- c. Aufgrund eines Rückganges der Teilnehmerzahlen hat die Reduzierung der Zuschüsse im Ergebnis für 2004 voraussichtlich zu einem Defizit von 200 TEUR geführt. Dieses wird in der Bilanz vorgetragen.





Zufüsse aus den öffentlichen Haushalten einschließlich Sondervermögen um mindestens 5,6 % gesunken  
(nur konsumtive Ausgaben)

**bremenports GmbH & Co. KG**

Zuwendungen	Zufüsse 2003 in Tsd.€			Zufüsse 2004 in Tsd.€			Differenz	Diff. in %	ggf. Zahlungsgrund/Beschluss
	Geschäfts- besorgungs- entgelte	sonstiges (ohne Projektmittel)	Summe	Zuwendungen	Geschäfts- besorgungs- entgelte	sonstiges (ohne Projektmittel)			
	19.824		19.824		17.700	17.700	-2.124	-11%	

Erläuterungen:

- a) Die Senkung des Geschäftsbesorgungsentgelts wurde einerseits durch Kostenoptimierung und andererseits durch ein erhöhtes Auftragsvolumen aus dem Drittgeschäft sowie aus Sonderaufgaben erzielt.
- b und c) Besondere Auswirkungen für das Personal haben sich nicht ergeben.

Zuflüsse aus den öffentlichen Haushalten einschließlich Sondervermögen um mindestens 5,6 % gesunken  
(nur konsumtive Ausgaben)

**Eigenbetrieb GeoInformation**

Zuflüsse 2003 in Tsd.€		Zuflüsse 2004 in Tsd.€			Differenz	Differenz in %	ggf. Zahlungsgrund/Beschluss
Zuwendungen / Zuschüsse	Geschäftsbesorgungs-entgelte	sonstiges	Summe	Zuwendungen / Zuschüsse			
	4.961		4.961		-276	-5,6%	
							4.685
			4.685				4.685

Erläuterungen

- a) Realisierung der Sparvorgaben
- Etablierung einer umfangreichen Strategie zur Effizienzsteigerung, Erlössteigerung und Personalentwicklung
  - Steigerung der externen Erlöse GeoInformation Bremen um 19 %
  - Senkung der Gesamtkosten GeoInformation Bremen um 1,3%
  - Verringerung des Jahresfehlbetrages GeoInformation Bremen um 736 TEUR
  - Damit Liquiditätsentlastung des Konzern Bremen durch verringerte Haushaltsmittel und Verringerung des Jahresfehlbetrages GeoInformation Bremen um insgesamt 1.012 TEUR
- b) Auswirkungen auf Personalkosten /-Ausstattung
- Personalausstattung und –ausgaben wurden entsprechend der Strategie angepasst
  - Abgänge wurden überwiegend nicht ersetzt
  - Der Aufbau einer Organisationseinheit zur langfristigen Steigerung der Erlöse wird umgesetzt.
- c) Auswirkungen auf die Beschäftigten / Geschäftsführung:
- Sämtliche Beschäftigten und die Geschäftsführung werden in steigendem Maße belastet, da die Ausstattung mit Investitionsgütern abnimmt und gleichzeitig höhere (externe, d. h. nicht Konzern-Bremen) Umsätze erforderlich sind für die nicht nur die Leistung sondern auch der Akquisitionsaufwand erwirtschaftet werden muss.

Zuflüsse aus den öffentlichen Haushalten einschließlich Sondervermögen um mindestens 5,6 % gesunken  
(nur konsumtive Ausgaben)

**HVG Hanseatische Veranstaltungen-GmbH**

Zuwendungen	Zuflüsse 2003 in Tsd.€			Zuflüsse 2004 in Tsd.€			Differenz	Diff. in %	ggf. Zahlungsgrund/Beschluss
	Geschäfts- besorgungs- entgelte	sonstiges (ohne Projektmittel)	Summe	Zuwendungen	Geschäfts- besorgungs- entgelte	sonstiges (ohne Projektmittel)			
5.531			5.531	4.795		4.795	-736	-11%	

Erläuterungen

- a) Im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2004/2005 wurden die Zuschüsse der HVG für 2004 auf Basis des Zuschusses 2003 um 5% gekürzt. Auf Basis des bereits um 5% gekürzten Zuschusses 2004 wurde der Zuschuss für 2005 nochmals um 5% reduziert. Neben dieser 5%-Kürzung wurden die Zuschüsse der HVG für 2004 und 2005 um die rechnerischen Zinserträge aus der Kapitalerhöhung von 9,2 Mio Euro reduziert. Hieraus ergab sich für 2004 eine weitere Kürzung gegenüber 2003 von 459 TEUR und in 2005 von 460 TEUR.  
Für das Geschäftsjahr 2005 sind die Zuschüsse bezogen auf den Ausgangswert des Zuschusses von 2003 um 1.436 TEUR (26 %) reduziert worden! Die rechnerischen Zinserträge können aber, wie von der HVG auch prognostiziert, nicht erzielt werden, so dass die hieraus resultierenden Verluste aus dem Eigenkapital ausgeglichen werden müssen.
- b) Die HVG hat schon über mehrere Jahre keine Erhöhungen der institutionellen Zuschüsse bekommen, sondern ganz im Gegenteil Kürzungen, so dass diese Einsparungen seit Jahren durch Produktivitätsfortschritte und Erlössteigerungen aufgefangen werden mussten. Seit 2003 wurden die Mittel der HVG jedoch weit überproportional gekürzt, so dass hier seitdem ein geplanter Eigenkapitalverzehr stattfindet.  
Bei der HVG muss man grundsätzlich berücksichtigen, dass hier ein Haustarifvertrag besteht und dieser jeweils verhandelt wird im Nachgang zu den Verhandlungen zwischen Land/Kommune mit ver.di. Inwieweit hier zukünftig weitere Absenkungen von Tarifeinstellungen möglich sind, kann nicht exakt prognostiziert werden, da schon in der Vergangenheit bei der HVG höhere Einsparungen stattgefunden haben als bei Land und Kommune. Zusätzlich muss bei der HVG berücksichtigt werden, dass insgesamt die Personalausstattung noch auf lange Sicht gesteigert werden muss, da sonst der geplante Ausbau des Messe, Kongress- und Veranstaltungsgeschäftes nicht bewältigt werden kann und damit die Investitionen in die gesamte Infrastruktur konterkariert würden.
- c) Wie eben dargelegt, wird versucht, so weit wie möglich Kürzungen, die Land und Kommune bei ihren Angestellten durchsetzen, auch im Bereich der HVG zu realisieren. Die Vergütung der Geschäftsführer muss im Rahmen von Verhandlungen zwischen Gesellschafter und Geschäftsführung jeweils individuell geklärt werden. Hierbei muss berücksichtigt werden, dass es ganz unterschiedliche Entlohnungssysteme bei dem bremischen Gesellschaftern gibt.

Zufüsse aus den öffentlichen Haushalten einschließlich Sondervermögen um mindestens 5,6 % gesunken  
(nur konsumtive Ausgaben)

### LernMIT GmbH

Zuwendungen	Zufüsse 2003 in Tsd.€		Zufüsse 2004 in Tsd.€		Differenz	Differenz in %	ggf. Zahlungsgrund/Beschluss
	Geschäfts- besorgungs- entgelte	sonstiges	Zuwendungen	sonstiges Geschäfts- besorgungs- entgelte			
215.100			80.000		-135.100	-63%	
		215.100					
					80.000		

Erläuterungen

Die Fortführung der LernMIT GmbH war aufgrund des Rückzuges des Gesellschafters Bertelsmann-Stiftung und einer Neuausrichtung der Steuerung des IT-Prozesses nicht mehr notwendig. Der Vertrag des Geschäftsführers lief zum Oktober 2004 aus. Der Geschäftsbetrieb wurde zum 31.12.2004 eingestellt.

Zuflüsse aus den öffentlichen Haushalten einschließlich Sondervermögen um mindestens 5,6 % gesunken  
(nur konsumtive Ausgaben)

**Eigenbetrieb Stadtgrün**

Zuflüsse 2003 in Tsd.€		Zuflüsse 2004 in Tsd.€			Differenz	Differenz in %	ggf. Zahlungsgrund/Beschluss
Zuwendungen / Zuschüsse	Geschäfts- besorgungs- entgelte	sonstiges	Summe	Zuwendungen / Zuschüsse			
		13.369	13.369		-792	-5,9%	
							12.577
							12.577

Erläuterungen

- a) Die Sparvorgaben wurden erbracht durch
  - Reduzierung der Personalaufwendungen,
  - Verringerung des Bezugs von Fremdleistungen und
  - Ausweiten von Aufträgen die nicht aus dem konsumtiven Haushalt der Stadtgemeinde kommen.
- b) Die Anzahl der Vollzeitstellen ist im Jahreschnitt um 11 Vollzeitstellen gesunken.  
Die Personalkosten ohne Zuführung zur Altersteilzeit verringerten sich um 224 TEUR.
- c) Auswirkungen auf die Beschäftigten und die Geschäftsführung:  
Durch die Budgetkürzungen erfolgte eine Reduzierung der Leistungsfähigkeit des Eigenbetriebes und damit auch der Pflegequalität bei der Unterhaltung des öffentlichen Grüns.



Zuflüsse aus den öffentlichen Haushalten einschließlich Sondervermögen um weniger als 5,6 % gesunken  
(nur konsumtive Ausgaben)

Bremer Bäder GmbH

Zuwendungen	Zuflüsse 2003 in Tsd. €		Zuflüsse 2004 in Tsd. €			Differenz	Differenz in %	ggf. Zahlungsgrund/Beschluss
	Geschäfts- besorgungs- entgelte	sonstiges	Summe	Zuwendungen	Geschäfts- besorgungs- entgelte			
3.604			3.604	3.229		-375	-10,4%	Betriebskostenzuschuss
			0	200		200	-	Betriebskostenzuschuss Nachtragshaushalt 23.12.04
			0	135		135	-	Öffnung Heidbergbad Hafa 05.11.04
215			215	191		-24	-11,2%	Betrieb Uni-Bad
180			180	160		-20	-11,1%	Schadenfall Johnen
<b>3.999</b>			<b>3.999</b>	<b>3.915</b>		<b>-84</b>	<b>-2,1%</b>	<b>Gesamt</b>

Erläuterungen

Die Sparvorgaben sind durch Erhöhung der Eintrittspreise und durch den finanziellen Erfolg des umgebauten Südbades erwirtschaftet worden. Die Einsparvorgaben haben keine Auswirkungen auf die Personalausgaben gehabt. Die tariflichen Leistungen der Beschäftigten bei der Bädergesellschaft sind durch einen Haustarif geregelt. Vertragspartner sind der KAV und die Gewerkschaft ver.di. Die Weihnachtsgeldzahlung ist an das Verhandlungsergebnis der Tarifpartner für den öffentlichen Dienst gekoppelt und damit nicht isoliert veränderbar. Generell liegen die Personalausgaben bei der Bädergesellschaft im Vergleich mit dem BAT niedriger.

Zuflüsse aus den öffentlichen Haushalten einschließlich Sondervermögen um weniger als 5,6 % gesunken

(nur konsumtive Ausgaben)

BGG Bremer Gewerbeflächen-Gesellschaft mbH

Zuwendungen	Zuflüsse 2003 in Tsd.€		Zuflüsse 2004 in Tsd.€			Differenz	Diff. in %	ggf. Zahlungsgrund/Beschluss	
	Geschäfts- besorgungs- entgelte	sonstiges (ohne Projekt mittel)	Summe	Zuwendungen	Geschäfts- besorgungs- entgelte				sonstiges (ohne Projekt mittel)
	1.208		1.208		1.212		1.212	4	0,3%

Erläuterungen:

Sämtliches Grundvermögen an Gewerbeflächen einschließlich darauf stehender Immobilien des Landes und der Stadtgemeinde Bremen im Stadtgebiet Bremen ist in einem Treuhandvermögen (revolvierender Grundstücksfonds) zusammengefaßt. Die Aufgaben des Grundstücksverkehrs sowie die Verwaltung dieses Vermögens sind mit dem Geschäftsbesorgungsvertrag vom 22. Dezember 1998 von Bremen auf die BGG übertragen worden. Die BGG erhält auf dieser Grundlage das Geschäftsbesorgungsentgelt.

Zusammen mit den dem Wirtschaftsressort zugeordneten Veranstaltungsflächen und den in Bremerhaven befindlichen Gewerbeflächen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen bilden die Flächen das zum 1.1.2003 gegründete Sondervermögen Gewerbeflächen. Mit der Gründung des Sondervermögens Gewerbeflächen nimmt der zu verwaltende Flächenbestand zu und es erweitern sich die oben dargestellten Aufgabenbereiche der BGG. Die Errichtung des Sondervermögens ist noch nicht abgeschlossen. Der mit der Errichtung zusammenhängende erhebliche Aufwand bei der BGG z.B. für die Erfassung und Bewertung der Grundstücke, den Aufbau eines Rechnungswesens und Controllings, die Erstellung von Wirtschaftsplänen läßt eine Reduzierung des Entgeltes derzeit nicht zu.



## Zuflüsse aus den öffentlichen Haushalten einschließlich Sondervermögen um weniger als 5,6 % gesunken

(nur konsumtive Ausgaben)

BIA Bremer Innovations-Agentur GmbH

Zuwendungen	Zuflüsse 2003 in Tsd. €		Zuflüsse 2004 in Tsd. €		Differenz	Diff. in %	ggf. Zahlungsgrund/Beschluss
	Geschäfts- besorgungs- entgelte	sonstiges (ohne Projekt mittel)	Zuwendungen	Geschäfts- besorgungs- entgelte			
1.350	190		1.230	195	-120	-8,9%	Zuwendungsbescheid
	227			224	5	2,6%	Geschäftsbesorgungsvertrag AuT
	126			148	-3	-1,3%	Geschäftsbesorgungsvertrag PFAU
	56			37	22	17,5%	Geschäftsbesorgungsvertrag BEOS/AMST I
	0			55	-19	-33,9%	Geschäftsbesorgungsvertrag AMST II
	81			83	55	-	Geschäftsbesorgungsvertrag LuR
	438			462	2	2,5%	Geschäftsbesorgungsvertrag BRUT
	103			52	24	5,5%	Geschäftsbesorgungsvertrag t.i.m.e.
	0			13	-51	-49,5%	Geschäftsbesorgungsvertrag
<b>1.350</b>	<b>1.221</b>	<b>0</b>	<b>1.230</b>	<b>1.269</b>	<b>-72</b>	<b>-2,8%</b>	<b>Summe</b> Biotechnologie

Erläuterungen:

Als Reaktion auf die Kürzungen der inst. Förderung hat BIA in 2004 zwei Stellen abgebaut und in 2005 drei befristete Stellen nicht neu besetzt.

Für 2005 ist der Betrag der institutionellen Förderung vorerst um weitere 50 TEUR auf 1.170 TEUR reduziert worden.

Aus den Erträgen der institutionellen Zuwendung finanziert BIA u. a. den Betrieb der Technologie- und Gründerzentren, die Durchführung der betrieblichen Förderprogramme der Technologie- und Innovationsförderung und konzeptionelle Entwicklungstätigkeiten im Rahmen des Landesprogramms "Innovation 2010 - Bremer Innovationsoffensive".

Die Veränderungen der Entgelte für die Geschäftsbesorgungsverträge hängen unmittelbar mit dem im jeweiligen Geschäftsjahr erbrachten Leistungsumfang zusammen und lassen keine Rückschlüsse auf etwaige Kürzungen zu.

Die Entgelte aus den Geschäftsbesorgungsverträgen AuT, PFAU, BRUT und Biotechnologie werden aus dem Programm Ziel-2 (Phase V) finanziert.

Zuflüsse aus den öffentlichen Haushalten einschließlich Sondervermögen um weniger als 5,6 % gesunken

(nur konsumtive Ausgaben)

Bremer Investitions-Gesellschaft mbH

Zuwendungen	Zuflüsse 2003 in Tsd. €			Zuflüsse 2004 in Tsd. €			Differenz	Diff. in %	ggf. Zahlungsgrund/Beschluss
	Geschäfts- besorgungs- entgelte	sonstiges (ohne Projekt mittel)	Summe	Zuwendungen	Geschäfts- besorgungs- entgelte	sonstiges (ohne Projekt mittel)			
	520		520		520	520	0	0,0%	Geschäftsbesorgungsvertrag WTC *1)
	1.481		1.481		1.418	1.418	-63	-4,3%	Geschäftsbesorgungsvertr. Außenwirtschaftsförderung*2)
	304		304		304	304	0	0,0%	Geschäftsbesorgungsvertrag über die Nationale Akquisition
	562		562		562	562	0	0,0%	Geschäftsbesorgungsvertr. über die Beteilig. an nationalen und internat. Messen
	193		193		183	183	-10	-5,2%	Geschäftsbesorgungsvertr. über das Managmt des Bremen - United States Center (BUSC)*3)
		1.023	1.023			1.023	0	0,0%	Kapitalrücklage gemäß Gesellschafterbeschluss vom
	<b>3.060</b>	<b>1.023</b>	<b>4.083</b>		<b>2.987</b>	<b>4.010</b>	<b>-73</b>	<b>-1,8%</b>	<b>Summe</b>

Erläuterungen

\*1) Geschäftsbesorgungsvertrag (GBV) über Management und Verwaltung des World Trade Centers Bremen (FHB/BIG)

*2) GBV Außenwirtschaftsförderung insgesamt	2003 in EUR:	2004 in EUR (GBV-Änderung):
davon Außenwirtschaftsförderung i.w.S.	1.480.723,72€	1.417.646,42€
Internationale Akquisition und Marketing	130.481,68€	130.481,68€
Auslandsrepräsentanzen	846.944,70€	1.020.364,74€
	503.297,28€	266.800,00€

\*3)GBV-Entgelte zahlbar aus dem Treuhandvermögen der FHB.

Zuflüsse aus den öffentlichen Haushalten einschließlich Sondervermögen um weniger als 5,6 % gesunken

(nur konsumtive Ausgaben)

BIS Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH

Zuwendungen	Zuflüsse 2003 in Tsd. €		Zuflüsse 2004 in Tsd. €		Differenz	Diff. in %	ggf. Zahlungsgrund/Beschluss
	Geschäfts- besorgungs- entgelte	sonstiges (ohne Projekt mittel)	Summe	Zuwendungen			
	153		153		153	0	Geschäftsbesorgungsvertr. über die Beteiligung an nationalen und internationalen Messen

Erläuterungen:

Die GBV-Entgelte wurden vertragsgemäß gezahlt.

Zuflüsse aus den öffentlichen Haushalten einschließlich Sondervermögen um weniger als 5,6 % gesunken

(nur konsumtive Ausgaben)  
BRG Bremer Rennbahn GmbH

Zuflüsse 2003 in Tsd.€		Zuflüsse 2004 in Tsd.€			am:		Diff. in %	ggf. Zahlungsgrund/Beschluss	
Zuwendungen	Geschäfts- besorgungs- entgelte	sonstiges (ohne Projekt mittel)	Summe	Zuwendungen	Geschäfts- besorgungs- entgelte	sonstiges (ohne Projekt mittel)			Summe
637			637	605			605	-5,0%	Zuwendungsbescheid für Institutionelle Förderung

Erläuterungen:

Im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2004/2005 wurden folgende Reduzierungen der institutionellen Zuschüsse für die BRG beschlossen und umgesetzt:  
 Wirtschaftsjahr 2004: auf Basis des Zuschusses 2003 wurde der Zuschuss für 2004 um 5% reduziert.  
 Wirtschaftsjahr 2005: auf Basis des bereits um 5% gekürzten Zuschusses 2004 wurde der Zuschuss für 2005 nochmals um 5% gekürzt. Bezogen auf den Ausgangswert des Zuschusses in 2003 bedeutet die Zuschusskürzung für das Wirtschaftsjahr 2005 eine Reduzierung des Zuschusses um 9,7 %.

Die Bremer Rennbahn GmbH verfügt nur über einen kleinen Personalstamm von 4 Mitarbeitern (davon 1 GF). Die Geschäftsführung wird in Personalunion vom Geschäftsführer der HVG im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages wahrgenommen. Zu den Renntagen werden Aushilfen eingestellt oder die erforderlichen Tätigkeiten werden über Honorarkräfte bzw. über Dienstleistungsverträge erledigt. Im Zusammenhang mit den Einsparungsmaßnahmen wurde ein zeitlich befristetes Arbeitsverhältnis nicht verlängert.

Im Rahmen der arbeitsvertraglichen Möglichkeiten wird versucht, so weit wie möglich Kürzungen, die Land und Kommune bei ihren Angestellten durchsetzen, auch im Bereich der BRG zu realisieren. Wie eben bereits dargestellt, besteht mit dem Geschäftsführer kein Angestelltenverhältnis.

**Zufüsse aus den öffentlichen Haushalten einschließlich Sondervermögen um weniger als 5,6 % gesunken  
(nur konsumtive Ausgaben)  
Bremer Straßenbahn AG**

	Zufüsse 2003 in Tsd.€			Zufüsse 2004 in Tsd.€			Differenz	Differenz in %	ggf. Zahlungsgrund/Beschluss
	Zuwendungen / Zuschüsse	Geschäfts- besorgungs- entgelte	sonstiges	Zuwendungen / Zuschüsse	Geschäfts- besorgungs- entgelte	sonstiges			
	69.076	0	0	65.604	0	0	-3.472	-5.0%	

Erläuterungen:

Die Mittel setzen sich aus Verlustausgleich, Zahlungen gem. § 45a PBefG und gem. § 148 SGB IX zusammen. Die Sparquote entspricht den Vorgaben des mit der BSAG vereinbarten Kontraktes. Eine Reduzierung ihrer Aufwendungen konnte die BSAG besonders in den folgenden Bereichen realisieren: Personalaufwand -2,85 Mio.Euro, Zinsaufwand -0,79 Mio.Euro .

## Zuflüsse aus den öffentlichen Haushalten einschließlich Sondervermögen um weniger als 5,6 % gesunken

(nur konsumtive Ausgaben)

## Bremer Touristik Zentrale Gesellschaft für Marketing und Service mbH (BTZ)

Zuwendungen	Zuflüsse 2003 in Tsd.€		Zuflüsse 2004 in Tsd.€			Differenz	Diff. in %	ggf. Zahlungsgrund/Beschluss
	Geschäfts- besorgungs- entgelte	sonstiges (ohne Projekt mittel)	Summe	Zuwendungen	Geschäfts- besorgungs- entgelte			
2.060			2.060	1.957		1.957	-103	-5,0%

Erläuterungen:

Im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2004/2005 wurden folgende Reduzierungen der institutionellen Zuschüsse für die BTZ beschlossen und umgesetzt:

Wirtschaftsjahr 2004: auf Basis des Zuschusses 2003 wurde der Zuschuss für 2004 um 5% reduziert.

Wirtschaftsjahr 2005: auf Basis des bereits um 5% gekürzten Zuschusses 2004 wurde der Zuschuss für 2005 nochmals um 5% gekürzt. Bezogen auf den Ausgangswert des Zuschusses in 2003 bedeutet die Zuschusskürzung für das Wirtschaftsjahr 2005 eine Reduzierung des Zuschusses um 9,7 %.

Die BTZ hat den Kürzungen entsprechend für die betreffenden Jahre neue Wirtschaftspläne aufgestellt, die durch den Aufsichtsrat, die HVG und das Wirtschaftsressort genehmigt wurden.

Personalausgaben werden den neuen Wirtschaftsplänen entsprechend eingehalten. Lohnkostensteigerungen, z. B. aufgrund von Tarifabschlüssen für den öffentlichen Dienst (MitarbeiterInnen des Verkehrsvereins) leistet die BTZ GmbH aus eigener Kraft, ebenso wie Gehaltserhöhungen in der GmbH. Diese Sparbeiträge zum öffentlichen Haushalt leistet die BTZ schon seit Gründung vor 10 Jahren.

Auf Beschäftigte und den Geschäftsführer wirken die Kürzungen der institutionellen Zuschüsse nicht im Entgelt. Hier gibt es keinen Tarifvertrag, nur individuelle Verträge des Personals mit der GmbH. Kürzungen im Urlaubs- oder Weihnachtsgeld sind hier nicht möglich, denn BTZ-Angestellte der GmbH und der Geschäftsführer erhalten kein Urlaubsgeld, kein Weihnachtsgeld, keine Altersversorgung. Angestellte, nicht der Geschäftsführer, erhalten eine Gratifikation per anno, die max. einem Monatsgehalt entspricht.

**Zuflüsse aus den öffentlichen Haushalten einschließlich Sondervermögen um weniger als 5,6 % gesunken**

(nur konsumtive Ausgaben)

Bremer Design GmbH

Zuwendungen	Zuflüsse 2003 in Tsd.€			Zuflüsse 2004 in Tsd.€			Differenz	Diff. in %	ggf. Zahlungsgrund/Beschluss
	Geschäfts- besorgungs- entgelte	sonstiges (ohne Projekt mittel)	Summe	Zuwendungen	Geschäfts- besorgungs- entgelte	sonstiges (ohne Projekt mittel)			
767			767	767		767	0	0%	

**Erläuterungen**

Die Grundfinanzierung der Bremer Design GmbH wurde in den Jahren 2003 und 2004 auf Grundlage der Beschlüsse der Deputation für Wirtschaft und Häfen vom 24.04.2001 (Nr. 15/125-L) aus dem Ziel-2-Programm des Landes Bremen finanziert. Von einer Reduzierung der Haushaltsanschlüsse wurde wegen der damit verbundenen geringeren Drittmiteleinahme Abstand genommen. Die Förderung erfolgt im Rahmen einer Fehlbedarfsfinanzierung.

Die Anzahl der Beschäftigten hat sich im Vergleich von 2003 nach 2004 um 1 Stelle vermindert.

Zuflüsse aus den öffentlichen Haushalten einschließlich Sondervermögen um weniger als 5,6 % gesunken

(nur konsumtive Ausgaben)

Facility Management Bremen GmbH

	Zuflüsse 2003 in Tsd. €			Zuflüsse 2004 in Tsd. €			Differenz	Differenz in %	ggf. Zahlungsgrund/Beschluss
	Zuwendungen / Zuschüsse	Geschäfts- besorgungs- entgelte	sonstiges	Summe	Zuwendungen / Zuschüsse	Geschäfts- besorgungs- entgelte			
	0	0	1.842	1.842	0	0	-63	-3,4%	

Erläuterungen

FMB konnte seine Einsparungen realisieren durch Reduzierung im Aufwandsbereich und durch die Akquisition weiterer Verträge im Gebäudereinigungssegment.



Zuflüsse aus den öffentlichen Haushalten einschließlich Sondervermögen um weniger als 5,6 % gesunken

(nur konsumtive Ausgaben)

Glocke Veranstaltungsg-GmbH

Zuwendungen	Zuflüsse 2003 in Tsd.€			Zuflüsse 2004 in Tsd.€			Differenz	Diff. in %	ggf. Zahlungsgrund/Beschluss
	Geschäfts- besorgungs- entgelte	sonstiges (ohne Projekt mittel)	Summe	Zuwendungen	Geschäfts- besorgungs- entgelte	sonstiges (ohne Projekt mittel)			
741			741	704		704	-37	-5.0%	

Erläuterungen

Im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2004/2005 wurden folgende Reduzierungen der institutionellen Zuschüsse für die Glocke beschlossen und umgesetzt:  
 Wirtschaftsjahr 2004: auf Basis des Zuschusses 2003 wurde der Zuschuss für 2004 um 5% reduziert.  
 Wirtschaftsjahr 2005: auf Basis des bereits um 5% gekürzten Zuschusses 2004 wurde der Zuschuss für 2005 nochmals um 5,11% gekürzt. Bezogen auf den Ausgangswert des Zuschusses in 2003 bedeutet die Zuschusskürzung für das Wirtschaftsjahr 2005 eine Reduzierung des Zuschusses um 9,85 %.

Die Personalausstattung ist in den Planstellen unverändert (es hat hierbei eine Verlagerung von der HVG zur Glocke im Bereich der Buchhaltung gegeben). Die Personalkosten sind insgesamt reduziert worden, da ein Geschäftsführergehalt gespart worden ist. Im übrigen ist die Glocke an einen Tarifvertrag gebunden, der insgesamt seitens der Stadt beeinflusst wird (durch Verhandlungen mit ver.di).

Es hat für die Beschäftigten eine Leistungsverdichtung gegeben und Bestandaufgaben können nur in einem veränderten bzw. reduzierten Umfang wahrgenommen werden (z. B. Inspektionen am Gebäude, Reparaturen). Der Veranstaltungsetat muss entsprechend den Kürzungen angepasst werden, so dass langfristig Eigenveranstaltungen problematischer in der Durchführung werden.

Zuflüsse aus den öffentlichen Haushalten einschließlich Sondervermögen um weniger als 5,6 % gesunken

(nur konsumtive Ausgaben)  
Eigenbetrieb Gebäude- und TechnikManagement (GTM)

Zuwendungen / Zuschüsse	Zuflüsse 2003 in Tsd. €		Zuflüsse 2004 in Tsd. €			Differenz	Differenz in %	ggf. Zahlungsgrund/Beschluss
	Geschäfts- besorgungs- entgelte	sonstiges	Summe	Zuwendungen / Zuschüsse	Geschäfts- besorgungs- entgelte			
	13.416		13.416			-448	-3,3%	
					12.968			
					12.968			

Erläuterungen

Vorbemerkung:

Durch die Auflösung von BBB sind GTM ab 2004 neue Aufgaben übertragen worden. Diese Aufgaben wurden in der Vergleichsberechnung 2003 /2004 nicht mit berücksichtigt.

GTM als Dienstleister für die Ressorts hat seinen Wirtschaftsplän entsprechend den mit den Auftraggebern bestehenden Verträgen geplant. GTM selbst hat keine besonderen Sparvorgaben bekommen, aufgrund der Mittelentwicklung bei den Auftraggebern ergeben sich für GTM jedoch mittelbare Auswirkungen auf die Ertragslage.

Zuflüsse aus den öffentlichen Haushalten einschließlich Sondervermögen um weniger als 5,6 % gesunken

(nur konsumtive Ausgaben)

Eigenbetrieb Justiz-Dienstleistungen (Juditi)

Zuwendungen / Zuschüsse	Zuflüsse 2003 in Tsd. €		Zuflüsse 2004 in Tsd. €			Differenz	Differenz in %	ggf. Zahlungsgrund/Beschluss
	Geschäfts- besorgungs- entgelte	sonstiges	Summe	Zuwendungen / Zuschüsse	Geschäfts- besorgungs- entgelte			
8.371			8.371	8.339		-32	-0,4%	

Erläuterungen

Bei einer Einsparquote 2004 ggü. 2003 i.H.v. 5,6% hätten Minderausgaben i.H.v. 469 Tds.€ erwirtschaftet werden müssen; mithin eine Unterschreitung der Kürzungsquote i.H.v. 437 Tds. €.

Der Landeseigenbetrieb Justiz-Dienstleistungen (JUDIT Bremen) war aufgrund der Beschlüsse des Betriebsausschusses bemüht, die Entgelte um rd. 10 % zu steigern. Diese Vorgabe erfolgte erst im Laufe des Jahres 2004 und war am Markt kaum durchsetzbar. Darüber hinaus ist –wie bereits mehrfach an anderer Stelle vorgetragen- der Eigenbetrieb JUDIT zu über 90 % haushaltsfinanziert und aufgrund der Marktgegebenheiten konnte keine Expansion des Betriebes erzielt werden. Eine grundlegende Verbesserung ist nicht zu erwarten.

In Konsequenz erfolgte die Auflösung des Eigenbetriebes und Integration der dortigen Geschäftsbereiche in die Justizvollzugsanstalt Bremen. Nach erfolgreicher Privatisierung des Reinigungsbereiches im Justizressort und Auslagerung des ADV-Bereiches an den Dienstleister fidatas Bremen ist ein Verbleib der restlichen Geschäftsbereiche keine hinreichende Grundlage für einen wirtschaftlich orientierten Eigenbetrieb, zumal Expansionsmöglichkeiten als äußerst gering eingeschätzt werden.

Zuflüsse aus den öffentlichen Haushalten einschließlich Sondervermögen um weniger als 5,6 % gesunken

(nur konsumtive Ausgaben)

Kultur Management Bremen GmbH

Zuwendungen	Zuflüsse 2003 in Tsd. €		Zuflüsse 2004 in Tsd. €			Differenz	Differenz in %	ggf. Zahlungsgrund/Beschluss
	Geschäfts- besorgungs- entgelte	sonstiges	Summe	Zuwendungen	Geschäfts- besorgungs- entgelte			
	994		994		953	-41	-4,1%	

Für die kmb hat das Kulturressort eine Kürzungsvorgabe 3,7 % gemacht, die im Ergebnis übererfüllt wurde.

Die Gesellschaft hat die Einsparung durch die Reduzierung des Einsatzes freier Mitarbeiter, Verzögerung bei Stellenbesetzungen und weniger Fortbildungen umgesetzt. Für die Beschäftigten ging die Erhöhung der Produktivität einher mit gestiegener Arbeitsbelastung.

Zuflüsse aus den öffentlichen Haushalten einschließlich Sondervermögen um weniger als 5,6 % gesunken

(nur konsumtive Ausgaben)

Eigenbetrieb Musikschule Bremen

Zuwendungen / Zuschüsse	Zuflüsse 2003 in Tsd.€		Zuflüsse 2004 in Tsd.€			Differenz	Differenz in %	ggf. Zahlungsgrund/Beschluss
	Geschäfts- besorgungs- entgelte	sonstiges	Summe	Zuwendungen / Zuschüsse	Geschäfts- besorgungs- entgelte			
1.750			1.750	1.688		-62	-3,5%	

Erläuterungen

Vorbemerkung:

Die Zuschüsse aus dem Haushalt beinhalten nicht die Erstattungen für das 2004 über Abordnung zugewiesene Personal (Lehrer).

Der Kürzung des Zuschusses wurde durch Absenkung des Aufwandes Rechnung getragen. Aufgrund der Erhöhung der Miete musste die beabsichtigte Kürzung allerdings verringert werden (25 TEUR).

Der Eigenbetrieb wird das Jahr 2004 voraussichtlich mit einem Überschuss abschließen, da die Erträge gesteigert werden konnten und der Aufwand reduziert wurde.

## Zuflüsse aus den öffentlichen Haushalten einschließlich Sondervermögen um weniger als 5,6 % gesunken

(nur konsumtive Ausgaben)  
Eigenbetrieb Performa Nord

Zuwendungen / Zuschüsse	Zuflüsse 2003 in Tsd.€			Zuflüsse 2004 in Tsd.€			Differenz	Differenz in %	ggf. Zahlungsgrund/Beschluss
	Geschäfts- besorgungs- entgelte	sonstiges	Summe	Zuwendungen / Zuschüsse	Geschäfts- besorgungs- entgelte	sonstiges			
1.477	14.183	15.660		15.329	15.329		-331	-2,1%	

Erläuterungen

Vorbemerkung:

Performa Nord hat im Jahre 2003 den Übergang von einer Pauschalfinanzierung zur ressortbezogenen Abrechnung vollzogen. Im Jahre 2004 erfolgte erstmals eine Abrechnung nach Leistungen. Aufgrund der Mittelkürzungen in den Ressorts sahen sich diese z. T. nicht in der Lage, die Forderungen von Performa zu erfüllen. Hierüber und über die Ermittlung der Preise von Performa finden noch Gespräche statt. Von dem für 2004 angegebenen Betrag werden den Ressorts außerdem noch Gutschriften für Leistungen der LHK und andere Korrekturen erteilt, so dass die Einsparsumme sich noch erhöhen wird.

Der Eigenbetrieb hat seinen Wirtschaftsplan gegenüber 2003 in zahlreichen Positionen abgesenkt und Personal reduziert. Der Senator für Finanzen hat für 2004 die Zuschusszahlung eingestellt, so dass der Eigenbetrieb zunächst von einem Verlust von rd. 900 TEURO ausgehen musste. Es zeigt sich, dass der Verlust, der in der Bilanz vorgetragen werden muss, in erheblich geringerer Höhe erwartet wird.

Für 2005 sind die Preise gem. Beschluss des Betriebsausschusses um 5,6 % abgesenkt worden.

**Zufüsse aus den öffentlichen Haushalten einschließlich Sondervermögen um weniger als 5,6 % gesunken**

(nur konsumtive Ausgaben)  
Eigenbetrieb Stadtbibliothek Bremen

Zufüsse 2003 in Tsd. €		Zufüsse 2004 in Tsd. €			Differenz	Differenz in %	ggf. Zahlungsgrund/Beschluss			
Zuwendungen / Zuschüsse	Geschäfts- besorgungs- entgelte	sonstiges	Summe	Zuwendungen / Zuschüsse				Geschäfts- besorgungs- entgelte	sonstiges	Summe
8.531			8.531	8.469			8.469	-62	-0,7%	

Erläuterungen

Vorbemerkung:

Die Zuschüsse aus dem Haushalt beinhalten nicht die Erstattungen für das 2004 über Abordnung zugewiesene Personal (Lehrer).

Der Kürzung des Zuschusses wurde durch Absenkung des Aufwandes Rechnung getragen. Aufgrund der Erhöhung der Miete durch neuen Standort musste die beabsichtigte Kürzung allerdings verringert werden.

Es wird ein voraussichtliches Defizit von 527 T€ erwartet, das in der Bilanz vorgetragen wird.

**Zufüsse aus den öffentlichen Haushalten einschließlich Sondervermögen gestiegen  
(nur konsumtive Ausgaben)**

bremen online GmbH

Zuwendungen	Zufüsse 2003 in Tsd.€			Zufüsse 2004 in Tsd.€			Differenz	Differenz in %	ggf. Zahlungsgrund/Beschluss
	Geschäfts- besorgungs- entgelte	sonstiges	Summe	Zuwendungen	Geschäfts- besorgungs- entgelte	sonstiges			
0	0	0	0	142	0	0	142	-	

Erläuterungen

Bei den Zuwendungen für die bremen online GmbH handelt es sich um den Großteil einer einmaligen Anschubfinanzierung, die der Gesellschaft im Jahr 2004 zugeflossen ist.  
Für 2005 steht noch eine Zuwendung in Höhe von 12.406,- aus.



**Zuflüsse aus den öffentlichen Haushalten einschließlich Sondervermögen gestiegen  
(nur konsumtive Ausgaben)**

Eigenbetrieb fidatas bremen

Geschäfts- bereich	Zuflüsse 2003 in Tsd.€			Zuflüsse 2004 in Tsd.€				Differenz	Differenz in %
	Geschäfts- besorgungs- entgelte	sonstiges	Summe	Zuwendungen	Geschäfts- besorgungs- entgelte	sonstiges	Summe		
GB Steuern	0	8.771	8.771	0	0	9.073	9.073	302	3,4%
GB Justiz	0	108	108	0	0	2.005	2.005	1.897	1756,5%
GB Sonstiges	0	52	52	0	0	194	194	142	273,1%
<b>Summe</b>	<b>0</b>	<b>8.931</b>	<b>8.931</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>11.272</b>	<b>11.272</b>	<b>2.341</b>	<b>26,2%</b>

Erläuterungen

Vorbemerkung:

Fidatas hat Ende 2003 den Bereich Datenverarbeitung des Eigenbetriebes Judit übernommen. Hierdurch ergaben sich naturgemäß zusätzliche Kosten, aber auch Erlöse

Das Wirtschaftsjahr 2004 war durch erhebliche Anstrengungen der fidatas bremen geprägt; weitere Geschäftsfelder zu erschließen. Die Anstrengungen der fidatas hatten sehr großen Erfolg. Insgesamt konnten die Einnahmen und damit leider auch die Ausgaben um ca. 26 % erhöht werden. Davon entfallen auf den Geschäftsbereich Justiz eine Einnahmen- und Ausgabenerhöhung von 1.897 Tsd.Euro.  
Die Kostensteigerungen betreffen die Materialkosten, Personalkosten und die Abschreibungen. Diese Kostenarten hängen direkt mit der erhöhten Leistungserbringung zusammen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen des Wirtschaftsjahres 2004 wurden um ca. 6,8 % gegenüber dem Wirtschaftsplan 2004 vermindert.

Der Eigenbetrieb wird das Jahr 2004 mit einem Verlust abschließen, der in der Bilanz vorgetragen wird. Hierzu ist ergänzend darauf hinzuweisen, dass der Eigenbetrieb aufgrund der Kosterituation des Gebäudes Achterstraße und der von ID Bremen GmbH zu erreichenden Miete zwangsläufig Verluste erzielt.

**Zuflüsse aus den öffentlichen Haushalten einschließlich Sondervermögen gestiegen  
(nur konsumtive Ausgaben)**

**GAUSS Gesellschaft für Angewandten Umweltschutz und Sicherheit im Seeverkehr mbH**

Zuwendungen	Zuflüsse 2003 in Tsd.€		Zuflüsse 2004 in Tsd.€		Differenz	Differenz in %	ggf. Zahlungsgrund/Beschluss
	Geschäfts- besorgungs- entgelte	sonstiges	Summe	Zuwendungen			
150			150	250	100	67%	Deputation vom 31.05.2002

Erläuterungen

Die GAUSS Gesellschaft für Angewandten Umweltschutz und Sicherheit im Seeverkehr GmbH erhält seit ihrem Bestehen jährliche Zuwendungen aus dem bremischen öffentlichen Haushalt, seit dem Jahr 2003 bis vorläufig 2005 in Höhe von 150 TEUR p. a., und zwar je 50 TEUR vom Senator für Bau, Umwelt und Verkehr vom Senator für Wirtschaft und Häfen vom Senator für Bildung und Wissenschaft

Bei den Personalkosten hat es einen Anstieg von ca. 130 TEUR gegeben. Dieser erklärt sich aus Einstellungen, die bewusst vor dem Hintergrund zusätzlicher Kompetenzen und Aufgabenfelder vorgenommen wurde. Durch Verzögerung von Auftragsvergaben und Ausbleiben erwarteter Aufträge ist die GAUSS GmbH 2004 in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Zur Abwendung einer Insolvenz wurde die Grundfinanzierung einmalig um 100 TEUR erhöht. Die GAUSS GmbH wurde verpflichtet, hinsichtlich der Kosten- und Erlösstruktur einen Sanierungsbeitrag zu leisten, in dem ein angemessener Rückzahlungsbeitrag erwirtschaftet wird.

## Zuflüsse aus den öffentlichen Haushalten einschließlich Sondervermögen gestiegen

(nur konsumtive Ausgaben)

Gesellschaft für Bremer Immobilien mbH

Zuwendungen	Zuflüsse 2003 in Tsd.€		Zuflüsse 2004 in Tsd.€			Differenz	Differenz in %	ggf. Zahlungsgrund/Beschluss
	Geschäfts- besorgungs- entgelte	sonstiges	Summe	Zuwendungen	Geschäfts- besorgungs- entgelte			
0	3.579	0	3.579	0	2.481	0	2.481	0 a) aus Haushaltsmitteln
0	293	0	293	0	315	0	315	b) vom Sondervermögen Immobilien (Land)
0	3.389	0	3.389	0	3.602	0	3.602	c) vom Sondervermögen Immobilien (Stadt)
0	8	0	8	0	47	0	47	488% d) vom BgA Bäder
<b>0</b>	<b>7.269</b>	<b>0</b>	<b>7.269</b>	<b>0</b>	<b>6.445</b>	<b>0</b>	<b>6.445</b>	<b>Summe</b>
0	-905	0	-905	0	0	0	0	Bereinigung um eine Nachbewilligung in 2003 (siehe hierzu die Erläuterungen)
	<b>6.364</b>		<b>6.364</b>		<b>6.445</b>		<b>81</b>	<b>1% Summe</b>

Erläuterungen

- Seit dem Jahr 2002 wird der Aufwand der GBI nicht mehr durch pauschale Geschäftsbesorgungsentgelte (Aufwandsersatzungen) gedeckt, sondern es sind Preise für die einzelnen Leistungen definiert worden, auf deren Basis eine umsatzabhängige Zahlung von Entgelten erfolgt. Insofern sind die Honorare in erster Linie von der Umsatzentwicklung (An- und Verkauf, Anmietungen, Baumaßnahmen etc.) und weniger von globaler Mittelsteuerung von Zuflüssen aus dem Haushalt oder aus den Sondervermögen abhängig. Die Entgelte für die einzelnen Dienstleistungen werden mit den Auftraggebern abgestimmt und durch den Senator für Finanzen genehmigt.
- Bei den Aufwendungen der GBI handelt es sich, bereinigt um bezogene Leistungen und Abschreibungen, zu rd. 80 v.H. um Personalkosten und zu rd. 20 v.H. um sonstige betriebliche Aufwendungen. Für die Aufstellung der Wirtschaftspläne ist der GBI daher vorgegeben worden, die sonstigen betriebliche Aufwendungen um 5,6 v.H. und die Personalaufwendungen um 0,2 v.H. zu reduzieren. Dies entspricht den Kürzungsquoten in den Kernhaushalten. Dementsprechend sind sowohl der Wirtschaftsplan 2004 als auch der Wirtschaftsplan 2005 aufgestellt worden; im Ist 2004 wurden diese Vorgaben auch umgesetzt.
- Die Reduzierung der Geschäftsbesorgungsentgelte von 2003 auf 2004 um rd. 11 v.H. bedarf einer Bereinigung, weil in den im Jahr 2003 aus Haushaltsmitteln gezahlten Entgelten ein Betrag von 905 TEUR enthalten ist, der durch Nachbewilligung zusätzlich zur Verfügung gestellt wurde. Der Grund hierfür war, dass ein Teil der Leistungen der GBI des Jahres 2002 erst im Jahre 2003 in Rechnung gestellt wurde. Bereinigt um diese Nachbewilligung ergibt sich im Jahresvergleich 2003/2004 ein Anstieg der Geschäftsbesorgungsentgelte um 81 T€ (= 1 v.H.), der sich aus der unter Nr. 1 geschilderten Umsatzabhängigkeit der Geschäftsbesorgungsentgelte erklärt.
- Die Reduzierung der Wirtschaftsplanansätze für Personalaufwendungen war möglich, weil die aus dem öffentlichen Dienst übergeleiteten Beamten ebenso wie in der Kernverwaltung kein Urlaubsgeld und eine reduzierte Sonderzahlung erhalten. Zur Personalausstattung ist anzumerken, dass die GBI im September 2003 gebeten wurde, keine Neueinstellungen mehr vorzunehmen. Falls Wiederbesetzungen unabweisbar sind, sind diese durch verwaltungsinterne Ausschreibung zu vollziehen.
- Die Reduzierung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen (konsumtive Ausgaben) bewirkt, dass der Aufwand für Beratungskosten, unterstützende Dienstleistungen, Geschäftsbedarf etc. entsprechend sinkt.

**Zuflüsse aus den öffentlichen Haushalten einschließlich Sondervermögen gestiegen**

(nur konsumtive Ausgaben)

OTG Osterholz-Tenever Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG

Zuwendungen	Zuflüsse 2003 in Tsd.€		Zuflüsse 2004 in Tsd.€			Differenz	Differenz in %	Beschluss
	Geschäfts- besorgungs- entgelte	sonstiges	Summe	Zuwendungen	Geschäfts- besorgungs- entgelte			
300			300	400	400	100	33%	Senatsbeschluss vom 10.12.2002

Erläuterung

Es besteht ein öffentlich- rechtlicher Vertrag von 2003, wonach die OTG für die Dauer von 10 Jahren jährlich 0,4 Mio. EUR erhält, für weitere 6 Jahre wurden 0,3 Mio € vereinbart.  
 Es handelt sich hier um konsumtive Mittel. Diese laufenden Mittel sind für die Aufwertungs- und Modernisierungsmaßnahmen in Osterholz-Tenever.  
 Im 1. Jahr 2003 wurden anteilig 0,3 Mio EUR, im 2. Jahr 2004 die volle Summe in Höhe von 0,4 Mio EUR gezahlt. Einsparungen können aufgrund des Vertrages nicht vorgenommen werden.

Verzeichnis der in Anlage 1 bis 3 dargestellten Eigenbetriebe und Gesellschaften

BGG Bremer Gewerbeflächen-Gesellschaft mbH	Anlage 2 Seite 2
BIA Bremer Innovations-Agentur GmbH	Anlage 2 Seite 3
BIS Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH	Anlage 2 Seite 5
bremen online GmbH	Anlage 3 Seite 1
bremenports GmbH & Co. KG	Anlage 1 Seite 4
Bremer Arbeit GmbH	Anlage 1 Seite 1
Bremer Bäder GmbH	Anlage 2 Seite 1
Bremer Design GmbH	Anlage 2 Seite 9
Bremer Investitions-Gesellschaft mbH	Anlage 2 Seite 4
Bremer Straßenbahn AG	Anlage 2 Seite 7
Bremer Touristik Zentrale Gesellschaft für Marketing und Service mbH (BTZ)	Anlage 2 Seite 8
Bremerhavener Arbeit GmbH	Anlage 1 Seite 3
BRG Bremer Rennbahn GmbH	Anlage 2 Seite 6
Eigenbetrieb Bremer Volkshochschule	Anlage 1 Seite 2
Eigenbetrieb fidatas bremen	Anlage 3 Seite 2
Eigenbetrieb Gebäude- und TechnikManagement (GTM)	Anlage 2 Seite 12
Eigenbetrieb Geoinformation	Anlage 1 Seite 5
Eigenbetrieb Justiz-Dienstleistungen (Juditi)	Anlage 2 Seite 13
Eigenbetrieb Musikschule Bremen	Anlage 2 Seite 15
Eigenbetrieb Performa Nord	Anlage 2 Seite 16
Eigenbetrieb Stadtbibliothek Bremer	Anlage 2 Seite 17
Eigenbetrieb Stadtgrün	Anlage 1 Seite 8
Facility Management Bremen GmbH	Anlage 2 Seite 10
GAUSS Gesellschaft für Angewandten Umweltschutz und Sicherheit im Seeverkehr mbH	Anlage 3 Seite 3
Gesellschaft für Bremer Immobilien mbH	Anlage 3 Seite 4
Glocke Veranstaltungen-GmbH	Anlage 2 Seite 11
HVG Hanseatische Veranstaltungen-GmbH	Anlage 1 Seite 6
Kultur Management Bremen GmbH	Anlage 2 Seite 14
LernMIT GmbH	Anlage 1 Seite 7
OTG Osterholz-Tenever Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG	Anlage 3 Seite 5
WfG Bremer Wirtschaftsförderung GmbH	Anlage 1 Seite 9